

EXTRABLATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher



Masseneinwanderung 6-7

Arbeit muss sich
wieder lohnen!



Kanton Basel-Stadt 9-16

Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen



Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massenzuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungrende, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits-

und Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

Liste 12 in den Nationalrat

Felix Wehrli Sebastian Frehner Pascal Brenneisen Gianna Hablützel-Bürki Eduard Rutschmann



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2



Alles zu den National- und Ständeratswahlen im
Kanton Basel-Stadt Seite 9-16

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

« Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. »

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

« Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. »

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handeln darf. Für eine Schweiz mit starkem Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und Kinder selbst erzieht.

mit einer gelebten
mus. Für eine
delt und
einem
seine



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie
der rot-grüne Raubzug
auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder

von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!**

Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derartigen Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Ver-

kehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtstress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfluss – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmass-

nahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmass-

nahmen von sofortigem, ewigem tone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kan-

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



mehrwähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstim-mungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zu nehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsi-diert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.



Der vom Volk verlangte Inländer-vorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländer-vorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

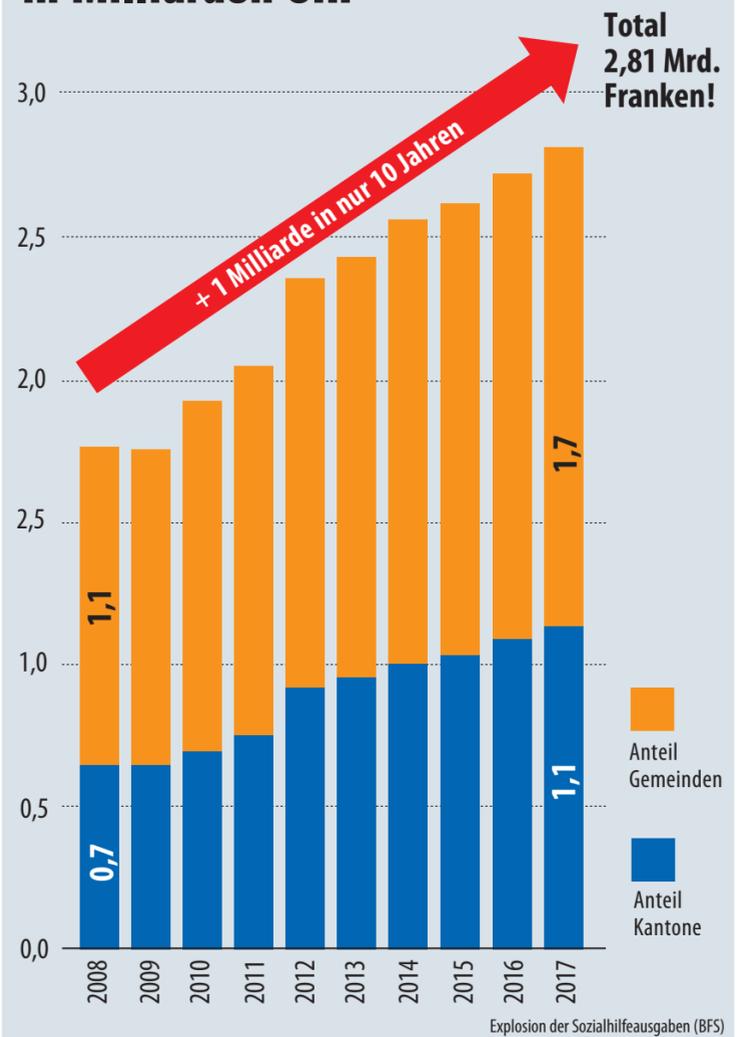
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.



www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

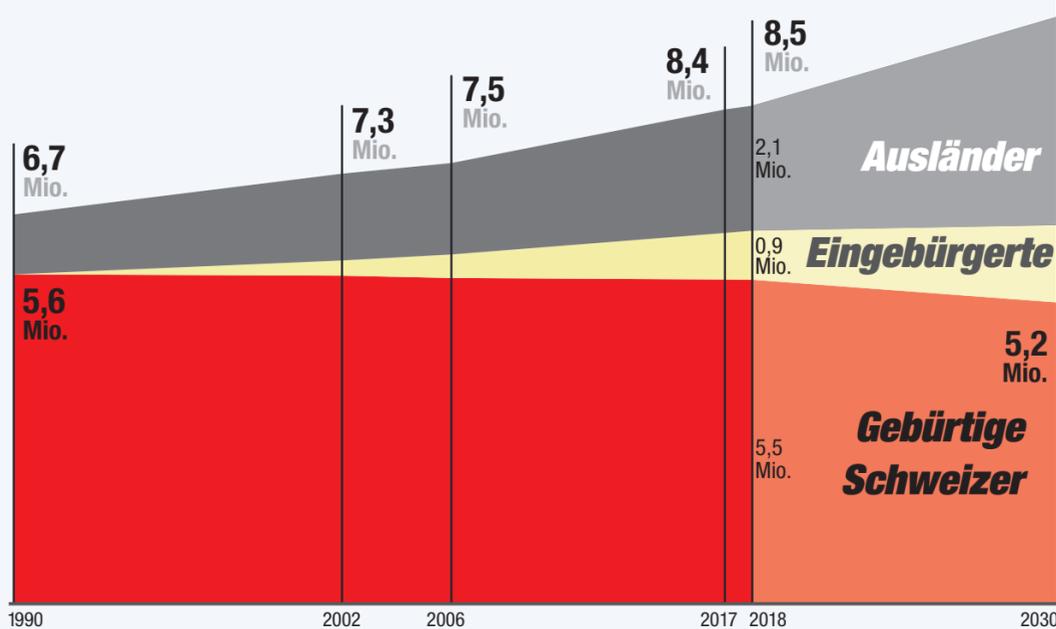
Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz www.svp.ch/wettbewerb Mitmachen und gewinnen!



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
 Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- rund 100'000 = KE
 rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- Mike Shiva = NE
 SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- «Freibier auf sicher» = W
 «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- Auf mindestens 10 % = S
 Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»

- Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
 Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

___ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

___ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):

Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.

Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

- Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern

E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch





Frei und sicher – ich will's, ich wähl's!



Die bevorstehenden National- und Ständeratswahlen vom 20.10.2019 sind für unseren Kanton von grosser Bedeutung und eine Richtungswahl für die Schweiz. Wer künftig noch frei und sicher in unserem Lande leben will, muss deshalb unsere SVP Liste 12 wählen.



Geschätzte Leserin, geschätzter Leser

Keine andere Partei in Basel-Stadt setzt sich so zuverlässig und konsequent für die Freiheit, die Sicherheit, den Erhalt der Arbeitsplätze und des Wohlstandes und für den Mittelstand ein wie die SVP. Wir sind die einzige Partei, die konsequent für die Búezer, die Familien und das Gewerbe einsteht. Unsere politischen Ziele sind deshalb in den kommenden vier Jahren:

- Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung
- Sicherheit und Sauberkeit in den Stádtén
- Freiheit der Schweiz und kein Rahmenabkommen mit der EU
- Entlastung des arbeitenden Mittelstandes

Wir stehen als einzige Partei ohne Wenn und Aber für die Schweiz und die Werte unserer Heimat ein. Eine weitere EU-Anbindung, wie es die anderen Parteien wollen, bekámpfen wir konsequent. Mit einer automatischen Übernahme von EU-Recht wáre unsere direkte Demokratie Geschichte. Wir wollen, dass Sie, als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, selbst bestimmen können, welche Regeln und welches Recht in unserem Land gelten. Das ist Heimat.

Selbstbestimmung fordert die SVP auch bei der Zuwanderung. Noch immer ziehen jedes Jahr via Personenfreizügigkeit oder das Asylwesen mehr als 70'000 Personen in die Schweiz. Das überfordert gerade in einem Kanton wie Basel-Stadt die Infrastruktur,

verteuert die Mieten und führt zu einem zubetonierten Kanton ohne Grünflächen. Zudem belasten Wirtschaftsflüchtlinge unser Sozial- und Schulwesen massiv – immer zu Lasten des Mittelstandes.

Deshalb wollen wir dafür kámpfen, dass unser Land für Sie Heimat bleibt. Eine Heimat, in der sich Arbeit lohnt, der Staat dem Einzelnen möglichst viel Freiheiten lässt und wir selbstbestimmt bleiben. Wir werden dafür kámpfen. Versprochen.

Ihre Nationalratskandidaten der Liste 12

Felix Wehrli

Sebastian Frehner
bisher

Pascal Brenneisen

Gianna Hablützel-Bürki
auch in den Ständerat

Eduard Rutschmann



Liste 12 in den Nationalrat

Frei und sicher – SVP wáhlen!
#freiundsicher | www.svp-basel.ch





Für den Kanton Basel-Stadt

bisher

Sebastian Frehner

Listen-Nr. 12.01

- + Dr. iur., Unternehmer und Jurist
- + Nationalrat u. Vizepräsident SVP BS
- + Mitglied der Finanzkommission und der Gesundheitskommission des Nationalrats, Zunft zu Safran
- + Wohnort: Riehen
- + Jahrgang: 1973
- + Zivilstand: verheiratet, 1 Kind
- + Hobbys: Lesen, Fitness, gutes Essen, FC Basel

«Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Gesundheitskosten nicht weiter ansteigen und die AHV und die 2. Säule saniert werden.»

www.sebastian-frehner.ch

Pascal Brenneisen

Listen-Nr. 12.02

- + Unternehmer, Verwaltungsrat, Jurist
- + ex-Leiter Novartis Schweiz
- + ehemals: Vorstand Handelskammer beider Basel u. Präsident Life Sciences-Kommission, Vorstand Interpharma, Vizepräsident scienceindustries u. Präsident Life Sciences-Kommission, Mitglied Wirtschaftskommission economiesuisse, Zunft zu Weinleuten
- + Wohnort: Riehen
- + Jahrgang: 1963
- + Zivilstand: geschieden, 3 Kinder
- + Hobbys: Ski, Tauchlehrer aD, Karate, moderne chinesische Kunst

«Mit frischem Wind – für eine starke und selbstbewusste Schweiz. Mein Engagement für Sie.»

www.pascal-brenneisen.ch

Gianna Hablützel-Bürki

Listen-Nr. 12.03

- + Travel Consultant
- + Grossrätin, Präsidentin SVP Frauen Basel-Stadt
- + Mitglied der Disziplinar- und Regio-kommission des Grossen Rates
- + Wohnort: Basel
- + Jahrgang: 1969
- + Zivilstand: geschieden, 1 erwachsene Tochter
- + Hobbys: Fechten, Sport allgemein, Reisen, Familie

«In Bern werde ich mich für den Erhalt der schweizerischen Grundwerte pointiert, sportlich und treffsicher einsetzen.»

www.gianna-hablützel-bürki.ch

Frischer Wind für Bern! Konsequenter bürgerlich: Junge SVP!

Zum fünften Mal tritt die Junge SVP bei den Nationalratswahlen in Basel-Stadt mit einer eigenen Liste an. Wir haben mit der Parteipräsidentin Laetitia Block ein kurzes Gespräch über die Ziele der Jungpartei geführt.

SVP: Laetitia, braucht es die Junge SVP?

LB: Junge Menschen sind der SVP sehr wichtig. Deshalb gibt die JSVP dieser Generation eine Plattform, in welcher sie früh politisch aktiv werden und sich einbringen können. Es ist wichtig, dass die nächste Generation sich am politischen Prozess beteiligen kann.

SVP: Werden die Jungen in der SVP ernstgenommen?

LB: Sehr. Wir können unsere Anliegen jederzeit deponieren und mit eigenen (auch) frechen Aktionen auf uns aufmerksam machen. Die SVP ist den Ideen gegenüber stets aufgeschlossen. So nimmt die Junge SVP bspw. auch im Vorstand der Mutterpartei Einsitz.

SVP: Du kandidierst gemeinsam mit vier Kollegen auf der Liste der JSVP. Was sind die konkreten Ziele?

LB: Wir wollen uns für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes einsetzen und gegen das EU-Rahmenabkommen kämpfen. Und, etwas was gerade bei Jungen sehr wichtig ist, wir wollen einen möglichst liberalen Staat mit wenig Vorschriften, Abgaben und Gebühren.

SVP: Und das Thema «Sicherheit» beschäftigt Euch auch?

LB: Absolut. Gerade junge Menschen sind im Ausgang, am Rheinbord oder aber auch auf dem Schulpausenplatz immer wieder Opfer von Delikten. Häufig handelt es sich bei den

Tätern um schlecht integrierte junge Ausländer. Es kann doch nicht sein, dass sich bspw. junge Frauen am Wochenende kaum mehr in den Ausgang getrauen!

SVP: Was will die JSVP dagegen unternehmen?

LB: Wir wollen, dass kriminelle Ausländer schneller ausgeschafft werden und bei der Integration mehr gefordert wird. Wenn es schon in den jungen Jahren nicht funktioniert, wird später die gesellschaftliche Integration nur noch schwieriger und teurer. Zudem ist an «Hotspots» eine Videoüberwachung einzuführen – so wird gewährleistet, dass schwere Gewalttaten, wie bspw. Vergewaltigungen, auch verfolgt werden können.

SVP: Habt ihr deshalb eine Petition lanciert, welche die Einhaltung des Asylrechts fordert?

LB: Richtig. Wir verlangen, dass Regierung und Parlament in Basel-Stadt künftig das geltende Asylrecht wieder einhalten. Die illegale Aufnahme eines Asylanten, wie soeben geschehen, darf keine Wiederholung finden.



Joshua Lutz; Laetitia Block; David Trachsel; Juan P. Tribelhorn; Marijan Duspara



Code scannen – Petition unterschreiben!



in den Nationalrat



Eduard Rutschmann

Listen-Nr. 12.04

- + Berater
- + Grossrat, Einwohnerrat, Parteipräsident SVP Basel-Stadt
- + Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und der Gesundheitskommission des Grossen Rates, Delegierter IGPK Schweiz, Rheinhäfen, Beirat TCS beider Basel, Mitglied IVB
- + Wohnort: Riehen
- + Jahrgang: 1953
- + Zivilstand: in fester Partnerschaft, 3 Kinder
- + Hobbys: Schwimmen, Tauchen, Wandern, Pilze suchen und Politik

«Schengen = mehr illegale Migration und weniger Sicherheit. Es ist Zeit, den Vertrag neu zu verhandeln. Dafür will ich mich in Bern einsetzen.»

www.eduard-rutschmann.ch



Felix Wehrli

Listen-Nr. 12.05

- + Kriminalbeamter
- + Grossrat, Gemeinderat Riehen, Vizepräsident SVP Riehen, Vorstand SVP Basel-Stadt
- + Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates und als Gemeinderat in Riehen zuständig für Siedlungsentwicklung und Landschaft, Mitglied Schwingerverband, Pro Natura, Erlenerverein, Quartierverein, PMC
- + Wohnort: Riehen
- + Jahrgang: 1960
- + Zivilstand: verheiratet, 2 Kinder, 3 Grosskinder
- + Hobbys: Fitness, Oldtimerfahrzeuge, Politik

«Dank meiner Exekutiv- und Legislativverfahren kann ich mich in Bern optimal für Sie und unseren Kanton einsetzen.»

www.felix-wehrli.ch

Dafür setzen wir uns für Sie ein – versprochen!

Für eine freie und unabhängige Schweiz

- gegen die Aufgabe unserer Unabhängigkeit und Neutralität
- gegen ein undemokratisches Rahmenabkommen mit der EU

Für mehr Sicherheit

- für eine Aufstockung von Polizei und Grenzschutz zum Schutz unserer Bevölkerung
- für ein hartes Durchgreifen bei linkem Chaotismus und Gewaltexzessen

Für ein Ende des Asylchaos

- gegen die Duldung illegaler Flüchtlinge in unserem Land
- für Vorort-Hilfe in den Heimatregionen der Kriegsflüchtlinge

Für einen starken Mittelstand

- gegen immer neue steuerliche Belastungen und Abgaben
- für tiefere Krankenkassenprämien und tiefere Energiepreise

Für einen starken Wirtschaftsstandort Basel

- gegen neue Gebühren, Steuern und Auflagen für unsere Unternehmen
- für die Entlastung des lokalen Gewerbes und für weniger Bürokratie

Für eine vernünftige Verkehrs- und Energiepolitik

- gegen das Ausspielen der verschiedenen Mobilitätsformen wie Auto, ÖV, Velo und Co.
- für vernünftige Massnahmen zum Klimaschutz und die Förderung von Innovation und Forschung im Energie- und Umweltbereich

mehr unter www.svp-basel.ch

Liste 37: Secondos und Migranten wählen SVP!

Die Schweiz gehört zu den erfolgreichsten Ländern der Welt. Wir werden für unsere Neutralität, die direkte Demokratie, die politische Stabilität und unsere Lebensqualität benieden. Dies sind die Grundpfeiler, welche die Schweiz so lebenswert machen und ein privilegiertes Leben ermöglichen.



Jasna Milanovic, Präsidentin Neue Heimat Schweiz Basel-Stadt

Auch Hunderttausende Menschen mit Migrationshintergrund leisten täglich einen wichtigen Beitrag für die Schweiz. Neben Beispielen von misslungener Integration gibt es auch die gut integrierten Migranten. Sie leisten einen wichtigen wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Beitrag für dieses Land und bekennen sich zu den Werten dieses Landes. Diese Menschen wollen eine Stimme haben.

Unsere «Liste SVP - Neue Heimat Schweiz Basel-Stadt» will ihnen eine Stimme in Bern geben. Wir sind bürgerlich denkende Persönlichkeiten mit einem klaren Gestaltungswillen für eine freie und unabhängige Schweiz. Die Zukunft dieses Landes zu gestalten und zu sichern, ist nicht nur die Aufgabe des Staates, sondern auch eines jeden Einzelnen. Dazu gehören Eigenverantwortung und ein Bekenntnis zur neuen Heimat. Damit in Zukunft das Zusammenleben gesichert werden kann, braucht es klare Regeln. Kriminelle Ausländer haben unser



Land zu verlassen. Wer sich nicht mit den Werten der Schweiz identifizieren kann, ist nicht integrierbar und hat sein Bleiberecht verwirkt.

Je mehr von uns an der Erhaltung der schweizerischen Werte arbeiten, je grösser ist die Wahrscheinlichkeit,

dass wir eine lebenswerte und sichere Schweiz erhalten können. Dieses Ziel verfolgen wir mit unserer Politik. Wir würden uns über Ihre Stimme freuen.

Ihre Jasna Milanovic, Präsidentin Neue Heimat Schweiz Basel-Stadt.

Unsere «Liste SVP – Neue Heimat Schweiz Basel-Stadt»

- Jasna Milanovic
- Aleksandar Milanovic
- Bozidar Nikolic
- Marija Stosic
- Lidija Trailovic



Gesundheitssystem muss bezahlbar bleiben

Die Gesundheitskosten stehen auf dem Sorgenbarometer von Herrn und Frau Schweizer ganz oben. Kein Wunder: Die Ausgaben haben sich von 1996 bis 2016 fast verdoppelt. Für den Mittelstand werden die Krankenkassenprämien damit immer weniger bezahlbar.



Sebastian Frehner, Nationalrat
Listen-Nr. 12.01

Würden viele nicht wegen jedem «Bobo» sofort zum Spezialarzt oder auf die Notfallstation eines Spitals rennen, wäre unser Gesundheitssystem weiterhin finanzierbar. Je mehr Ärzte und Spitäler es jedoch gibt, desto mehr Gesundheitsdienstleistungen werden konsumiert, wie das Beispiel Basel-Stadt zeigt. Die Folge sind fast doppelt so hohe Krankenkassenprämien wie im Kanton Uri, obwohl die Basler kaum öfters krank sein dürften, als die Urner.

Der Fall ist klar: In der Schweiz gibt es zu viele Ärzte und Spitäler. Im Kanton Bern etwa gibt es gleich viele Spitäler wie in ganz Schweden. Die grosse Anzahl von Spitalen im Kanton Basel-Stadt führt dazu, dass wir pro Einwohner mit 864 Franken schweizweit auch am meisten dafür bezahlen.

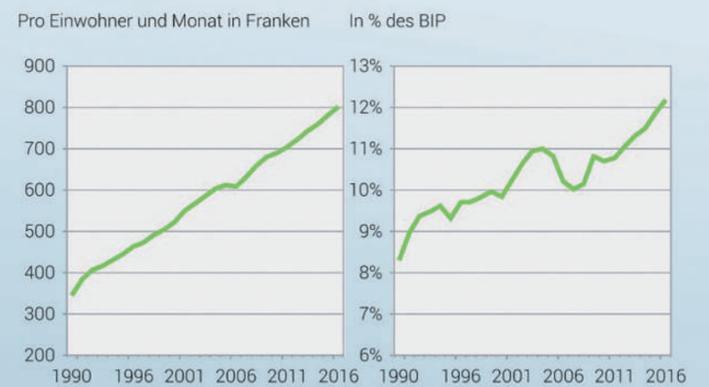
Damit unser Gesundheitssystem auch

in Zukunft bezahlbar bleibt, gibt es nur ein Mittel: Es braucht mehr Wettbewerb. Krankenkassen sollten nur noch mit qualitativ hochstehenden und günstigen Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen Verträge abschliessen dürfen. Und es müssen Massnahmen ergriffen werden,

welche die Selbstverantwortung des Einzelnen erhöhen. Sonst wird unser Gesundheitssystem bald unbezahlbar. Dafür will ich mich in Bern, nicht zuletzt auch als Mitglied der Gesundheitskommission, weiterhin für Sie einsetzen.



Entwicklung der Gesundheitsausgaben



Quelle: BFS – Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens, VGR ESPOP, STATPOP © BFS 2018

Kurz gefragt

Immer im Kühlschrank: Bier

Kaffee trinken mit: da fällt mir niemand ein...

Beeindruckt von: Lionel Messi, ich möchte auch so Fussball spielen können

Zum Lachen bringt mich: meine Tochter, wenn sie mich nicht so ernst nimmt, wenn ich versuche autoritär zu sein

Mit Frischem Wind – für einen starken und selbstbewussten Wirtschaftsstandort Basel

Die Schweiz ist die unumstrittene Weltmeisterin in Sachen Innovation und Forschung. Insbesondere unsere Stadt Basel ist weltweit eine der dynamischsten und produktivsten Wirtschaftsregionen. Sie bietet rund 300'000 Menschen Arbeit. Davon profitieren wir alle: Unsere Wirtschaft sichert unseren Wohlstand und finanziert unsere Sozialwerke.



Pascal Brenneisen,
Listen-Nr. 12.02

Unsere starke Wirtschaftsleistung und damit unser Wohlstand sind jedoch nicht naturgegeben. Vielmehr stehen unsere Pharmaindustrie und unsere KMU-Wirtschaft unter steigendem Druck. Staatliche Regulierungen, das Wachstum der Verwaltung und Unsicherheiten rund um die bilateralen Verträge mit der EU stellen uns vor grosse Herausforderungen. Insbesondere ideologische linke Kreise lassen keine Gelegenheit aus, unsere Errungenschaften mit wirtschaftsfeindlichen Initiativen und schädlichen Regulierungen zu gefährden. Auch in der Europapolitik agiert unsere Politik glücklos.



Als ehemaliger Leiter von Novartis Schweiz und KMU-Unternehmer mit 30 Jahren Wirtschaftserfahrung in mehr als 40 Ländern beobachte ich diese Entwicklungen mit Sorge. Gemeinsam müssen wir uns dafür engagieren, dass die Politik wieder mehr Raum für Eigenverantwortung und Unternehmertum schafft. Darüber hinaus muss die Schweiz gegenüber dem Ausland – insbesondere gegenüber der EU – wieder selbstbewusster auftreten und besser verhandeln. Wir benötigen enge Beziehungen zur EU. Die Bilateralen sind wichtig. Aber nicht zu jedem Preis.

Kurz gefragt

Immer im Kühlschrank: Saisonale Früchte und Fleischprodukte aus der Region vom Bauernhof und Metzger, Milch und Wasser aus der Rheingasse und Rheinfeldern

Kaffee trinken mit: meinen Wähler/innen – wo drückt der Schuh, wie kann ich Sie unterstützen?

Beeindruckt von: Roger Federer – bester Botschafter für unsere Schweiz und unsere Schweizer Werte

Zum Lachen bringt mich: Emil Steinberger



Für die einen das Paradies, für die anderen der Albtraum

Der Grossteil unserer Sozialhilfekosten wird durch ausländische Staatsangehörige verursacht. Während 2,3% der Bezüger Schweizer Nationalität sind, sind es bei den ausländischen Nutzniessern über dreimal mehr. Dabei sind die Asylanten noch gar nicht eingerechnet. Die Sozialhilfestatistik prognostiziert einen weiteren Anstieg in den kommenden Jahren.



Gianna Hablützel-Bürki
Listen-Nr. 12.03

Einerseits sind es Migranten, die unsere Sozialkosten explodieren lassen, andererseits sind es die 50- bis 64-Jährigen, welche ausgemustert werden und gezwungenermassen auf Sozialhilfe angewiesen sind. Da unsere Verfassung allen Menschen im Land das Recht auf Hilfe, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zugesteht, selbstverständlich auch illegal Anwesenden, ist die Schweiz das Paradies für Flüchtlinge. Ein Pauschalbetrag für Essen, Kleider und weite-

ren Anschaffungen steht jedem Asylanten zur Verfügung.

Besonders grosszügig ist der Kanton Basel-Stadt, der mit den höchsten Ansätzen der ganzen Schweiz, die Asylanten ohne ihr Zutun belohnt. Ein Affront gegenüber den Schweizer Sozialhilfebezügern, die vollständig und wahrheitsgetreu Auskunft über Einkommen, Vermögen, Arbeits- und Familienverhältnisse geben müssen. Damit ein Schwei-

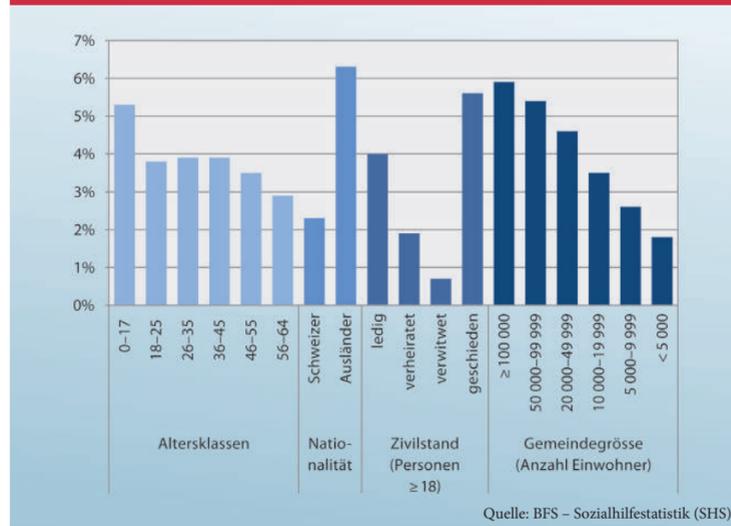
zer Bürger überhaupt Sozialleistungen beziehen kann, muss er vorab in Basel-Stadt seine gesamten Vermögenswerte bis auf den Freibetrag von CHF 4'000.00 aufbrauchen.

Für die einen ist unser Sozialsystem das Paradies, für die anderen jedoch der Albtraum. Diese Ungerechtigkeit muss endlich aufhören – dafür setze ich mich in Bern ein.

Kurz gefragt

Immer im Kühlschrank: Salat und eine Cola Zero
Kaffee trinken mit: Leuten, die etwas Spannendes zu sagen haben.
Beeindruckt von: Personen, die den Mut haben, auch mal gegen den Strom zu schwimmen

Sozialhilfequote verschiedener Risikogruppen, 2017



Schengen / Dublin sofort neu verhandeln!

Wegen dem vor einigen Jahren abgeschlossenen «Schengen/Dublin»-Abkommen darf die Schweiz die Grenzen nicht mehr systematisch kontrollieren. Gerade unser (Grenz)-Kanton ist Leidtragender dieser Situation, kommen doch durch den nicht funktionierenden Aussen-grenzschutz Migranten ungehindert und unregistriert in unser Land.



Eduard Rutschmann,
Listen-Nr. 12.04

Schengen / Dublin gehört deshalb unverzüglich neu verhandelt und so anzupassen, dass die Länder wieder einen effektiveren Grenzschutz leisten können. Nur so ist gewährleistet, dass unsere Bevölkerung wieder Vertrauen in unseren Rechtsstaat erhält und sich die Sicherheitslage in der Schweiz verbessert. Illegale Einreisen und der illegale Aufenthalt sind zu verfolgen.

Wer aus einem Staat einreist, in dem er nicht verfolgt und an Leib und Leben bedroht wird, darf kein Anrecht auf Asyl haben. Nur so schaffen wir es, unser Land sicher zu halten und für diejenigen Platz zu bieten, welche echten Schutz notwendig haben.

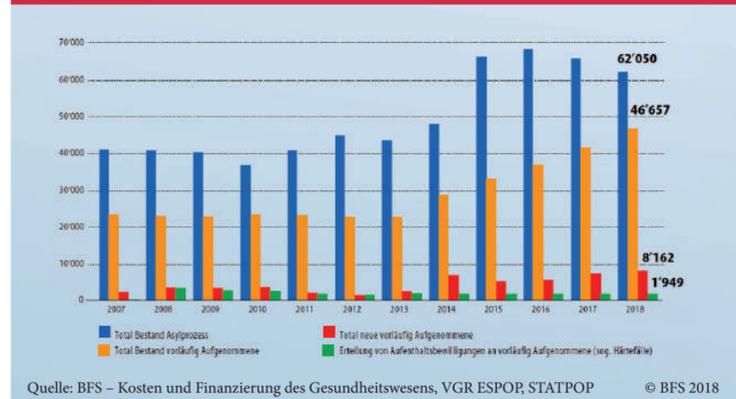
Dafür will ich mich in Bern einsetzen.

Die überforderten Mittelmeerländer verstossen längst gegen das Dublin-Abkommen und nutzen die Nicht-registrierung, um die Migranten möglichst rasch nach Westeuropa zu senden, wo illegale Migranten als künftige Asylbewerber beste Leistungen erhalten.

Profiteure dieser schrecklichen Situation sind skrupellose Schlepper und Menschenhändler, die sich eine goldene Nase mit diesen Migranten verdienen. Und selbst jene, die bereits in einem anderen Land registriert wurden, können oft nicht zurückgeschickt werden. Denn entweder weigern sich die jeweiligen Staaten, die Frist wird willentlich verpasst oder aber, wie in Basel-Stadt geschehen, eine linksgrüne Regierungs- und Parlamentsmehrheit neigt den Rechtsstaat und nimmt illegale auf.



Ohne Rückführung bleiben immer mehr Asylanten in der Schweiz



Kurz gefragt

Immer im Kühlschrank: Milchprodukte, viel Gemüse und Früchte und eine gute Flasche Wein
Kaffee trinken mit: Menschen, die im Alltag etwas Selbstloses leisten und sich für die Schweiz einsetzen. Um ihnen zuzuhören und einfach danke zu sagen.
Beeindruckt von: all jenen Menschen, welche sich für das Wohlergehen unseres Landes einsetzen und auch bei Widerständen nicht aufgeben.
Zum Lachen bringt mich: Meine Partnerin, meine Kinder und Grosskinder.



Frei und Sicher

Europa ist seit einigen Jahren im politischen und wirtschaftlichen Wandel und die Spannungen zwischen Russland und den USA tragen ihres dazu bei. Wo diese Entwicklung hinführt ist ungewiss.



Felix Wehrli,
Listen-Nr. 12.05

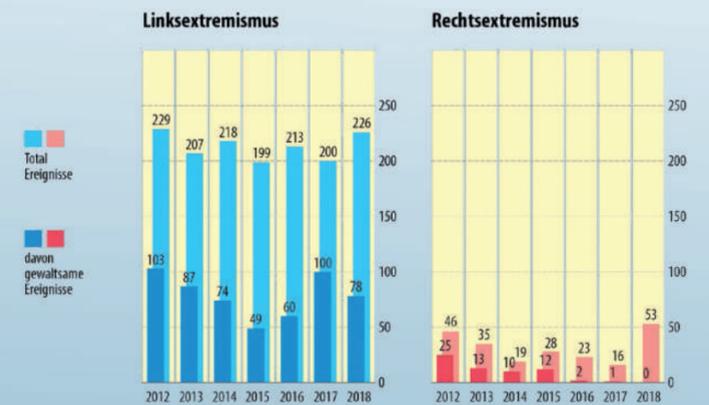
England und die EU sind mit dem Brexit beschäftigt und viele europäische Länder haben wirtschaftliche Probleme. All das betrifft natürlich

auch die Schweiz. Wirtschaftlicher Druck wird länger den je zu einem neuen Kriegsschauplatz, in welchem sich kleinere Länder zurechtfinden müssen. Cyberkriminalität, Terrorismus und Spionage sind ebenfalls Bedrohungen, welche seit einigen Jahren stetig zunehmen. Mit den unkontrollierten Flüchtlingsströmen kamen auch Personen mit dschihadistischem Hintergrund nach Europa und somit auch in die Schweiz. Diese Gruppierungen sind nach wie vor zu grösseren Anschlägen fähig. Auch die rechtsextreme Szene erhält immer mehr

Zuspruch und ist bald zu grösseren Aktionen fähig. Die international vernetzten Linksextremen solidarisieren mit der PKK, von wo aus Waffen an ausgebildete Linksextreme gehen, welche europäischen Sicherheitsbehörden beschäftigen. Im letzten Bericht des Nachrichtendienstes des Bundes hält dieser fest, dass das sicherheitspolitische Umfeld immer fragmentierter und komplexer wird. Der Bericht des NDB ist von grösster Bedeutung für die Politik und deren Entscheidungen im Sicherheitsbereich. Trotzdem wollten die linken Politiker im Grosse Rat den Nachrichtendienst in Basel abschaffen, was die Sicherheitslage extrem gefährdet hätte. Dagegen habe ich mich gewehrt. Und dieser Einsatz bin ich auch bereit in Bern zu leisten – mit Ihrer Stimme.



Dem NDB gemeldete links- oder rechtsextreme Ereignisse (ohne Schmierereien)



Quelle: NDB

Kurz gefragt

Immer im Kühlschrank: eine gute Flasche Wein, Bier, Cola Zero, Gemüse, eine gute Salami
Kaffee trinken mit: spannenden und intelligenten Personen, die sachlich diskutieren können.
Beeindruckt von: unserer direkten Demokratie und unseren Bergbauern
Zum Lachen bringt mich: Meine Freunde, Kinder und Grosskinder

Illegale Asylaufnahme: Die rotgrüne Regierung steht über dem Gesetz!

Vor einigen Monaten produzierte Basel-Stadt unrühmliche Schlagzeilen. So beschlossen der Grosse Rat und der Regierungsrat, entgegen dem Willen der SVP, dass ein sich illegal in der Schweiz aufhaltender Asylbewerber hierbleiben könne und nicht nach Österreich abgeschoben wird.

Dieser einmalige Rechtsbruch der Basler Regierung, welche sonst jedes internationale Abkommen verteidigt, wurde zuvor durch einen Entscheid des

sondern auch von sämtlichen Gerichtsinstanzen der Schweiz bestätigt. Auch in Österreich konnte seine Geschichte die Behörden und Gerichte nicht

egal, nur so lässt sich dieser törichte Entscheid erklären.

Das Signal ist fatal. Künftig müssen ehrbare Schweizer sich zwei Mal überlegen, ob sie bspw. eine Parkbusse bezahlen.

«Alle Parteien, mit Ausnahme der SVP, waren für diese skandalöse Sonderbehandlung.»

Warum soll diese bezahlt werden, wenn sich Regierungspräsidentin Ackermann oder Regierungsrat Brutschin auch nicht ans Gesetz halten? Schliesslich öffnet der baselstädtische Regierungsrat mit diesem Entscheid die Schleusen, um künftig alle Asylbewerber zu einer illegalen Einreise in unser Land zu bewegen.

Damit wir kein noch grösseres Eldorado für illegale Migration werden, muss deshalb in Basel-Stadt unbedingt SVP gewählt werden – die einzige Partei die sich für den Rechtsstaat einsetzt.

Basel darf kein Eldorado für illegale werden!

Parlaments gestützt. Alle Parteien, mit Ausnahme der SVP Basel-Stadt, waren für diese skandalöse Sonderbehandlung.

Dabei war die Ausgangslage eindeutig. Der Asylbewerber, mit abenteuerlicher Geschichte in Österreich nach negativem Asylentscheid unter- und hier aufgetaucht, hatte keinen Anspruch auf Asyl. Die umgehende Rückführung nach Österreich, von wo er mutmasslich nach Afghanistan abgeschoben worden wäre, wurde nicht nur von den Migrationsbehörden,

überzeugen: Sein Aufenthalt in Europa ist ungerechtfertigt.

Trotz einer Anweisung und der Rüge der zuständigen Bundesrätin hat der Regierungsrat es nicht für nötig gehalten sich an geltendes Gesetz zu halten.

«Der Regierungsrat öffnet Tür und Tor für illegale Migration.»

Offenbar ist der rotgrünen Regierungsmehrheit der Rechtsstaat völlig

Frei und sicher.



**Ich will's
Ich wähl's
Liste 12**



Pointiert, sportlich und treffsicher – Gianna Hablützel-Bürki in den Ständerat!

Bei den Ständeratswahlen tritt die SVP mit der ehemaligen Spitzenfechterin, zweifachen Olympiasilber-Medaillengewinnerin und heutigen Grossrätin Gianna Hablützel-Bürki an.



Gianna Hablützel-Bürki

SVP: Gianna, weshalb möchtest Du Ständerätin werden?

GHB: Die Chance den Sitz im Stöckli zu erobern, ist in diesem Wahljahr so gross wie schon lange nicht mehr. Mit dem Rücktritt von Anita Fetz ergibt

sich eine neue Ausgangslage. Ich finde es wichtig, dass die SVP als wählerstärkste bürgerliche Partei in Basel-Stadt unseren Kanton vertreten kann. Mit meinen Überzeugungen und politischen Inhalten gebe ich unserem Kanton in Bern DIE bürgerliche Stimme.

SVP: Fakt ist aber auch, dass es noch eine weitere Kandidatin aus dem bürgerlichen Lager gibt. Wie siehst Du das?

GHB: Die SVP hat sich früh dazu bekannt, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten, wenn eine gemeinsame Listenverbindung bei den Nationalratswahlen zu Stande kommt. Leider hat dies insbesondere die CVP ver-

hindert. Deshalb ist eine eigene Kandidatur der SVP folgerichtig. Dass sich zudem Mitte-links-Parteien hinter die LDP-Kandidatin stellen, beweist ja, dass diese Kandidatin nicht so bürgerlich ist, wie sie zu behaupten versucht.

SVP: Wie schätzt Du deine Erfolgschancen ein?

GHB: Ich komme aus dem Sport und weiss deshalb, dass am Schluss nur das Resultat zählt – egal wie die Ausgangslage war. Wir beginnen alle bei null. Mein grosser Vorteil ist, dass ich unbelastet in den Wahlkampf steigen kann. Ich habe im Grossen Rat bewiesen, dass ich eine eigenständige und konsequente bürgerliche Politik ver-

trete sowie keine Zugeständnisse nach links mache. Vor allem in der Familien- und Bildungspolitik plädiere ich für viel mehr Eigenverantwortung als die beiden Kandidatinnen aus dem SP-LDP-Bildungsfilz. Unbelastet bin ich auch in anderen Dingen: So liegt bspw. das aktuell verursachte Messe-Fiasko mit einem Jahresverlust von über 200 Mio. Franken in der Verantwortung der SP und im Speziellen von Eva Herzog. Als einzige Kandidatin wehre ich mich zudem gegen den Ausverkauf unserer Demokratie und die EU-Anbindung.

SVP: Wie siehst Du deine Gestaltungsmöglichkeiten im Ständerat?

GHB: Sehr aktiv. Ich wäre Teil der

SVP-Fraktion, der grössten Fraktion im Bundeshaus. Als Vertreterin der grössten Partei der Schweiz kann ich viel Einfluss im Ständerat nehmen und die baselstädtischen Interessen besser durchsetzen wie die anderen Kandidatinnen. Im Ständerat spielen ja bekanntlich linke Politiker eine untergeordnete Rolle, weshalb gerade auch eine SP-Vertretung kaum etwas für Basel-Stadt bewirken könnte. Auch eine LDP-Vertretung, de facto eine Einzelmaske in Bern, würde dem Kanton wenig bringen. Denn was haben diese beiden Parteien für Basel-Stadt in Bern bis dato geleistet?



Ihre Stimme für mich – mein Versprechen an Sie!

Im Ständerat will ich mich einsetzen...

- für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz – und gegen das demokratiefeindliche Rahmenabkommen mit der EU.
- für die bürgerlichen Anliegen unseres Stadtkantons – damit unser Wirtschaftsstandort weiter prosperieren kann.
- für mehr Sicherheit in unserem Land – damit sich abends, gerade in den Städten, ältere Menschen und Frauen sicherer bewegen können.
- für mehr Geld für das Grenzwachtkorps – damit unsere Grenzen endlich besser geschützt werden.
- für einen fairer ausgerichteten Finanzausgleich (NFA) – damit Basel-Stadt nicht Jahr für Jahr Millionen für andere Kantone bezahlen muss.
- für unsere schweizerischen Grundwerte und unsere Heimat – damit sie auch morgen noch Heimat ist.

Starke Frauen für eine sichere Schweiz

Wegen dem vor einigen Jahren abgeschlossenen «Schengen/Dublin»-Abkommen darf die Schweiz die Grenzen nicht mehr systematisch kontrollieren. Gerade unser (Grenz-)Kanton ist Leidtragender dieser Situation, kommen doch durch den nicht funktionierenden Aussen-grenzschutz Migranten ungehindert und unregistriert in unser Land.

Schlechte Sicherheitslage gefährdet insbesondere Frauen

Die Sicherheitslage im Alltag ist in unserem Land schlecht. Alle dreizehn Minuten stiegen 2017 irgendwo in der Schweiz Einbrecher in ein Haus ein. Damit ist die Schweiz seit Jahren für Einbrecher Zielland Nr. 1 in Europa. Dies wirkt sich direkt auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger aus. Viele fühlen sich nicht mehr sicher in unserem Land. Ältere Menschen, aber auch Frauen, wagen sich nach Einbrechen der Dunkelheit nicht mehr auf die Strasse. Vor allem junge Frauen werden im Ausgang angefasst, bedroht oder gar angegriffen.

Wir wollen uns wieder sicher fühlen können

Wir lassen nicht zu, dass der Staat unsere Sicherheit immer weniger schützt, die Grenzen nicht kontrolliert und ausländische Verbrecher nicht ausschafft. Die Massenzuwanderung und eine verfehlte Asylpolitik haben dazu geführt, dass Menschen in unser Land strömen, deren Identität wir teilweise nicht einmal kennen. Morde, Messerstechereien, Vergewaltigungen, Drohungen und Raub gehören zur Tagesordnung. Unser Land droht zu verrohen und zu verludern. Polizisten, ja sogar Sanitäter, werden angegriffen. Manchenorts herrscht

das Faustrecht, es kommt zu Ausschreitungen, Hausbesetzungen und zu Strassenschlachten. Der Anteil von Ausländern an den Straftaten ist dabei alarmierend hoch.

Damit muss jetzt Schluss sein! Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Schweizerinnen und Schweizer wieder frei und sicher fühlen.

Wählen Sie uns deshalb in den Nationalrat.

Ihre Kandidatinnen der Liste 31 – SVP Frauen Frauen Basel-Stadt

- Iris Pantaleoni Grob
- Cindy Schütz
- Daniela Stumpf
- Romy Tschui
- Luzia Zuber



So wählen Sie richtig

1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert

2. Wählen Sie Ihre Nationalräte

- Nehmen Sie die vorgedruckte Liste 12 (SVP) hervor

3. SVP-Nationalratsliste Nr.12 ins Couvert

- Wahlzettel der Liste 12 ins Couvert legen

4. Wählen Sie Ihre Ständerätin

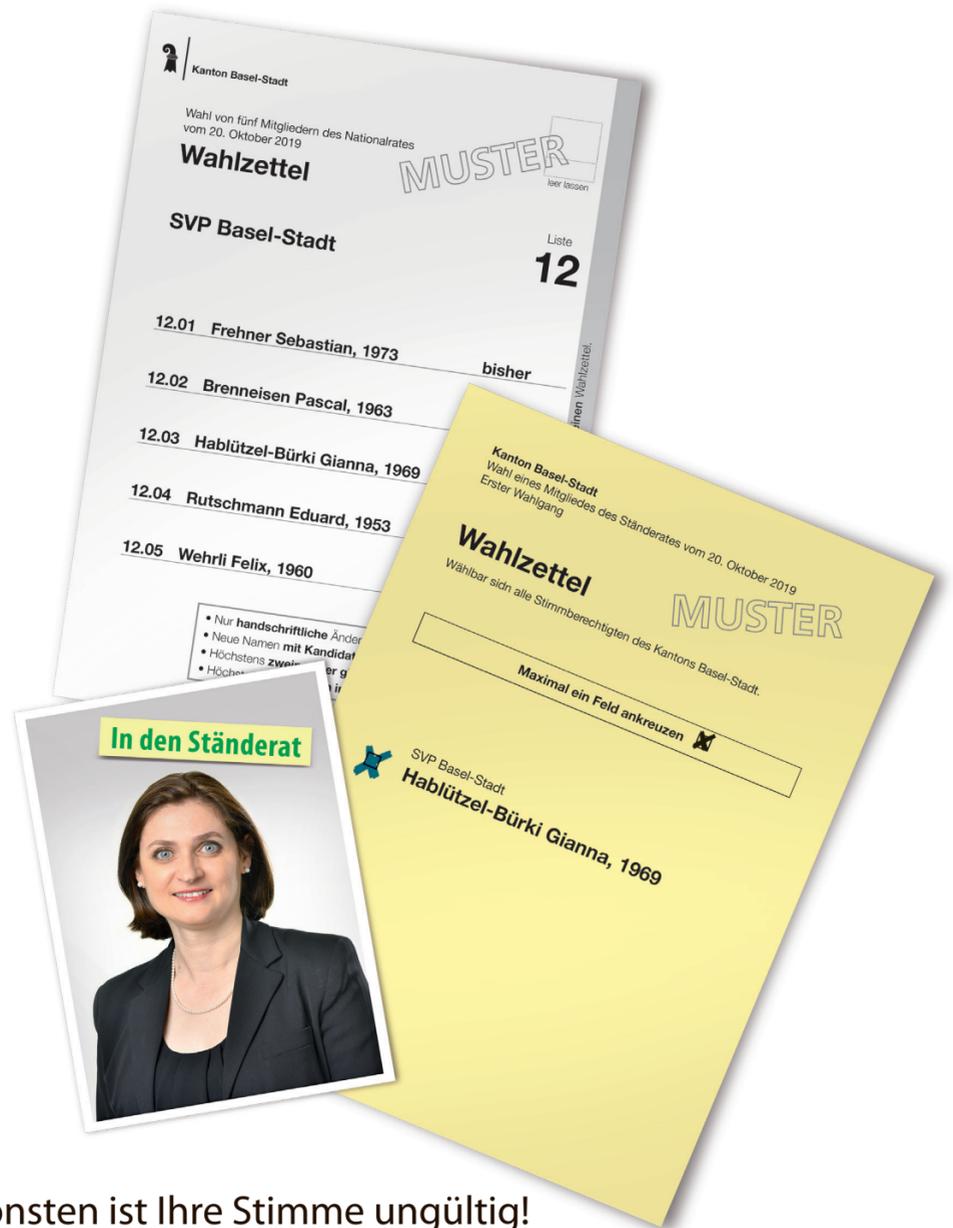
- Machen Sie das Kreuz bei Gianna Hablützel-Bürki

5. Ständeratzettel ins Couvert

- Legen Sie den Ständeratzettel ins Couvert

4. Abschicken

- Couvert schnellstmöglichst abschicken



ACHTUNG!

- Legen Sie nur diese beiden Zettel ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

Unsere SVP-Nationalratskandidaten sind wie folgt «on tour»:

Samstag, 14.9.2019 ab 10.00 Uhr (bis 14.00 Uhr)
Standaktion am Tellplatz, Basel

Samstag, 21.9.2019 ab 14.00 Uhr (bis 21.00 Uhr)
Stand am Strassenfest Lörracherstrasse, Riehen

Samstag, 28.9.2019 ab 10.00 Uhr (bis 14.00 Uhr)
Standaktion am Claraplatz, Basel

Samstag, 12.10.2019 ab 10.00 Uhr (bis 14.00 Uhr)
Standaktion vor dem Migros Hardstrasse, Basel

... oder besuchen Sie uns auf der «Beizen-Tour» durch Basel:

Dienstag, 17.9.19 ab 18.30 Uhr im Kleinbasel

Freitag, 27.9.19 ab 18.30 Uhr im Kleinbasel

Donnerstag, 3.10.19 ab 18.30 Uhr im Kleinbasel

Freitag, 4.10.19 ab 18.30 Uhr im Grossbasel

Die genaue Route finden Sie unter www.svp-basel.ch
Aktuelle Termine mit unseren Kandidaten sind ebenfalls auf unserer Homepage laufend aktualisiert aufgeschaltet.

SVP bi de Lüt

Besuchen Sie uns und kommen Sie mit uns ins Gespräch!



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 – 18.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**